



Es ist Zeit für eine gerechtere Sozialhilfe

Die vergangenen zwei Jahre Pandemie haben die Soziale Sicherheit auf die Probe gestellt. Glücklicherweise hat das System vielen von uns guten Schutz geboten. Corona hat aber auch seine Lücken aufgezeigt. Die Verschärfungen im Ausländerrecht, die seit 2019 gelten, versperren vielen Migrant*innen den Zugang zur Sozialhilfe und führen sie in die Armut. Diese Entwicklung stellt nicht nur die Menschenwürde in Frage, sondern destabilisiert unsere Gesellschaft.

Von Franziska Teuscher, Gemeinderätin der Stadt Bern

In den Städten waren und sind die Auswirkungen der Pandemie und der Verschärfungen im Ausländerrecht besonders sichtbar. Wir Städte werden deshalb gegenüber dem Bund weiterhin auf die Lücken im System hinweisen und deren Schliessung fordern. Gleichzeitig müssen wir nach Lösungen suchen, um Betroffenen in der Zwischenzeit mehr Schutz zu gewährleisten.

Das soziale Sicherungsnetz hat Löcher bekommen

Als hilfreich erweisen sich hier Unterstützungen, die niederschwellig und der Sozialhilfe vorgelagert zugänglich sind. So haben wir in Bern während der Pandemie Einkaufsgutscheine und Lebensmittel abgegeben und damit gute Erfahrungen gemacht. Definierte Personengruppe (Sans-Papiers, Sexarbeiter*innen, Personen mit ausländischer Staatszugehörigkeit) konnten davon ohne behördlichen Eintrag profitieren. In Bern wollen wir nun dieses System im Rahmen eines Pilotversuchs weiterentwickeln. Wir wollen zukünftig schnell und unbürokratisch finanzielle Hilfe anbieten und diese mit einer Beratung zur Überbrückung von Notlagen verknüpfen. Dies ohne langfristige Folgen (z.B. Rückerstattung) oder Konsequenzen für den Aufenthaltsstatus, wie es heute bei der Sozialhilfe der Fall ist. Tatsache ist jedoch, dass es solche neuen Systeme eigentlich gar nicht brauchen würde, könnte die Sozialhilfe so funktionieren, wie sie im Kern angelegt ist. Erinnern wir uns: Wer in einer Notlage ist, die er oder sie nicht selbst oder nicht rechtzeitig selbst beheben kann, erhält Sozialhilfe. Es wird nicht nach den Gründen der Notlage gefragt, sondern nur, ob sie tatsächlich gegeben ist und ob andere Mittel verfügbar wären. Geleistet wird dann so viel, wie effektiv für ein bescheidenes, aber würdiges Dasein nötig ist. Eigentlich ein genial einfaches System, das als unterstes Netz der sozialen Sicherung engmaschig wirken könnte. Doch auf Grund politischer Entscheide wird das System in Frage gestellt: der Zugang wird für gewisse Personengruppen erschwert oder der Bezug von Hilfe kann schwerwiegende Folgen haben. Dadurch hat das soziale Sicherungsnetz Löcher bekommen. Wir müssen also eigentlich keine neuen Hilfssysteme bauen, sondern die Sozialhilfe wieder zugänglich machen für alle, die sie brauchen.



Asylsozialhilfe ermöglicht kein Leben in Würde

Wenn wir schon dabei sind, wäre noch eine weitere Korrektur angebracht, welche uns die Ukraine Krise überdeutlich vor Augen führt: Leistungsabstufungen entlang von Personengruppen. Der Kanton Bern hat seit Ausbruch des Kriegs etwa 7000 Schutzbedürftige aufgenommen. Sie erhalten Asylsozialhilfe wie Personen mit vorläufiger Aufnahme. Die Ansätze liegen für eine selbstständig lebende Person rund 30% unterhalb der regulären Sozialhilfe. Personen in Kollektivunterkünften erhalten noch weniger. Begründet werden die Unterschiede damit, dass die geleistete Hilfe keine Basis für eine vollständige Integration in unsere Gesellschaft bieten muss. Oder steht etwa auch das Ansinnen dahinter, es den Migrant*innen möglichst unbequem zu machen?

Ausgeblendet wird dabei jedoch, dass die Sozialhilfe eine Bedarfsleistung ist. Die Ansätze der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS orientieren sich in der Höhe danach, was in der Schweiz lebende Menschen mit sehr tiefem Einkommen ausgeben müssen, um bescheiden leben zu können. Nur ein vergleichsweise kleiner Teil der Mittel dient der sozialen Integration. Werden diese Ansätze nun um 30% oder wie in verschiedenen Kantonen sogar noch mehr gekürzt, rüttelt man schlicht an den Existenzgrundlagen und setzt Betroffene der Armut aus. Das zeigt sich nur schon daran, dass in der Regelsozialhilfe eine Kürzung um 30% nur zeitlich eng befristet und nur dann möglich ist, wenn eine Person massiv Regeln verletzt hat. Abstufungen bei der materiellen Grundsicherung entlang von Personengruppen verstossen also gegen die Systemlogik der Sozialhilfe und sind ungerecht. Gut ist, dass dies nun auch von der breiten Bevölkerung bemerkt wird. Gerade die unzähligen Gastfamilien, die Ukrainer*innen aufgenommen haben, wissen inzwischen, dass man von der aktuellen Asylsozialhilfe auf Dauer nicht vernünftig leben kann. Es ist also Zeit für eine gerechtere Sozialhilfe einzustehen, die allen Betroffenen ein menschenwürdiges Dasein während ihres Lebens in der Schweiz ermöglicht.